

Dirk Niebel MdB
Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73409
Fax: 030-227-76409
Email: dirk.niebel@bundestag.de
Internet: www.dirk-niebel.de

1. Ist in Ihren Augen die Beendigung der Besatzung eine Bedingung für einen gerechten Frieden für Israelis und Palästinenser?

Deutschland unterstützt den Aufbau eines palästinensischen Staates in politischer Hinsicht und im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Über die Grenzen eines zu gründenden palästinensischen Staates muss eine Verhandlungslösung zwischen Israel und den Palästinensern gefunden werden. Dazu gehört auch die Frage, was mit den seit 1967 in den besetzten Gebieten gegründeten Siedlungen geschieht. Wir thematisieren den israelischen Siedlungsbau und seine nahostpolitischen, völkerrechtlichen und menschenrechtlichen Aspekte regelmäßig in Gesprächen mit der israelischen Regierung. Die israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten sind mit dem Völkerrecht nicht vereinbar und stellen ein Hindernis auf dem Weg zum Frieden dar. Das droht, eine Zwei-Staaten-Lösung unmöglich zu machen.

Das Auswärtige Amt weist regelmäßig auf die politischen und rechtlichen Risiken hin, die sich für Investoren und Geschäftsleute im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Aktivitäten der israelischen Siedlungen ergeben. Bei meinen Reisen nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete habe ich bei meinen Gesprächspartnern dafür geworben, die Chance für einen nachhaltigen Friedensprozess zu ergreifen. Das Potenzial der Entwicklungszusammenarbeit für den Frieden wird sowohl von der palästinensischen als auch von der israelischen Seite sehr geschätzt. Israel ist bislang die einzige Demokratie im Nahen Osten. Eine Änderung der Siedlungspolitik und ein klares Angebot an die Palästinenser wären ein wichtiger Schritt.

2. Halten Sie eine Zwei-Staaten-Lösung weiterhin für realistisch und erstrebenswert. Wenn ja, welche Schritte sollte die zukünftige Bundesregierung unternehmen, um diese Lösung zu unterstützen?

Wir unterstützen das Bemühen um eine faire Zwei-Staaten-Lösung. Wir haben uns nachdrücklich für die Wiederaufnahme von direkten Verhandlungen eingesetzt, um die israelischen Sicherheitsinteressen und die palästinensischen Entwicklungsbedürfnisse besser in Einklang zu bringen. Unser Ziel ist, dass der Staat Israel und ein souveräner, unabhängiger, demokratischer und lebensfähiger palästinensischer Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben. Gegenseitiges Vertrauen ist eine grundlegende Voraussetzung für eine Wiederbelebung des Friedensprozesses und eine nachhaltige Lösung des Nahostkonflikts. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Verbesserung der Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung und die weitere Stärkung der palästinensischen Institutionen auf zentraler und kommunaler Ebene, das sind wesentliche Voraussetzungen für eine dauerhafte Lösung.

3. Wie sollte die zukünftige Bundesregierung auf den Tatbestand des zunehmenden illegalen israelischen Siedlungsbaus in der Westbank bei gleichzeitiger Verweigerung des Rechts auf Wohnraum für Palästinenser in den C-Gebieten reagieren?

Israel trägt die Verantwortung für die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung in den C-Gebieten, und die Entwicklung der palästinensischen Infrastruktur und Wirtschaft muss abgestimmt werden. Deutschland unterstützt die Palästinensischen Gebiete mit großer Kontinuität und Verlässlichkeit unter schwierigen, sich verändernden Rahmenbedingungen. Alle Beteiligten müssen

sich oft auf neue Herausforderungen einstellen. Es ist unser Anliegen, gleiche Entwicklungschancen für alle Palästinenserinnen und Palästinenser zu schaffen. Das bedeutet, dass wir auch in den sogenannten C-Gebieten des Westjordanlands, die weiterhin unter israelischer Militär- und Zivilverwaltung stehen, Chancen schaffen und Zukunft entwickeln wollen. Die Menschen in den C-Gebieten brauchen transparente Planungsverfahren, Zugang zu sauberem Wasser und Bildung. Im Februar 2012 habe ich gemeinsam mit dem damaligen palästinensischen Planungsminister Ali Jarbawi in der Westbank einen Projektbesuch im sogenannten "C-Gebiet" gemacht. Ich bin überzeugt, dass die spürbare wirtschaftliche und soziale Entwicklung die entscheidende Voraussetzung für nachhaltigen Frieden ist. Es ist wichtig, die moderaten palästinensischen Partner zu stärken und mit Israel einen intensiven Dialog zu führen. Die Broschüre „Palästinensische Gebiete - Chancen und Herausforderungen“, Stand November 2009, können Sie sich unter http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/flyer/faltblatt_PalaestinensischeGebiete.pdf downloaden.

4. Wie sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach reagieren, wenn den Bestrebungen deutscher Entwicklungspolitik derart rigide entgegen getreten wird?

Ich habe auch bei meinem jüngsten Besuch in Israel ein Ende der Hauszerstörungen gefordert. Solche Aktionen behindern den Friedensprozess im Nahen Osten und zerstören das mühsam aufgebaute Vertrauen auch bei zukünftigen Generationen.

5. Halten Sie es für akzeptabel, dass Israel verschiedene rechtliche Standards an die Behandlung jüdischer oder palästinensischer Kinder anlegt? Wo sehen Sie Möglichkeiten für die deutsche Politik, diesem Unrecht entgegen zu treten?

Ein wichtiges Ziel der Entwicklungszusammenarbeit ist es, vor Ort Vorschläge zur Beilegung von Konflikten zu finden und friedliche Lösungen zu entwickeln. Die Menschenrechte sind Richtschnur unseres politischen Handelns. Wir Liberalen betrachten die Wahrung und Förderung von Menschenrechten als Querschnittsaufgabe, die alle Politikbereiche berührt. Wir haben im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unser Menschenrechtskonzept vorgestellt, nachzulesen unter

http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier303_04_2011.pdf.

Körperliche und geistige Unversehrtheit, Gedanken-, Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Freiheit von Diskriminierung sind unveräußerbare Prinzipien unserer Menschenrechtspolitik. Deutschlands Glaubwürdigkeit steht in direktem Zusammenhang mit dem konsequenten Eintreten für die Menschenrechte. Ihre Einhaltung ist das Fundament für die demokratische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung eines Landes.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Niebel